

# Die Wahl der Qual

Die Stimmungslage im deutschen Herbst 2005, anderthalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Tage vor der Bundestagswahl, hat viele Verursacher. Es sind die Jobverlagerer, die ihre eigene Haut retten, die Regierung, der es an handwerklicher Sorgfalt beim Formulieren der Gesetzestexte gebrach, auch die Krisenverschärfer, in deren Augen Deutschland bereits Schauplatz einer gewaltigen Gerechtigkeitskatastrophe geworden ist, das Opfer der kapitalistischen Entzivilisierung.

## Angst geht um

Angst hat jedenfalls nicht nur der Arbeiter, nicht nur der Arbeitslose und der Sozialhilfeempfänger, sondern inzwischen auch der Mittelstand, das alte und das neue Bürgertum, der Spezialisierte ebenso wie der Talentierte, von der vorausseilenden Resignation des Uniabsolventen ganz zu schweigen. Wenn Menschen Angst haben, ist es ganz sinnlos, darüber zu spekulieren, ob ihre Angst berechtigt sei oder nicht. Sie ist eine soziale Tatsache, weswegen die schneidigen Verhaltensappelle der versammelten Deutschlandexperten, »Weg von!«, »Hin zu!«, »Da müssen wir durch!«, auch so hohl klingen.

## Rot durch Schwarz mal gelb = ?

Denn was wollen solche Richtungangaben bedeuten? Es gibt ja gar kein erkennbares Ziel in diesem Umbauprozess. Daß alles wieder so schön sozialwarm wie früher werden würde, mag wohl keiner glauben, auch verspricht niemand - nicht Schröder und auch nicht Merkel - mehr Vollbeschäftigung und Wachstumsraten von fünf, sechs Prozent. 15 Jahre lang wäre Zeit gewesen, sich über das Zusammenleben in Deutschland zu verständigen, und das meint auch über das Wozu von Veränderungen, sofern sie überhaupt noch politischer Einflußnahme unterliegen: Wovor genau wollen wir uns schützen, welche Einflüsse von außen sind willkommen? Stattdessen ist inzwischen jede Bewegung im Gemeinwesen fragwürdig geworden, ätzender Mißmut macht sich breit, flankiert von medialer Übertreibungskunst.

## Ökonomie auf Sinnsuche

Der Mauerfall war seinerzeit mit der »Großen Lüge« beantwortet worden, alles könne immer so weitergehen. Schon 1990 war abzusehen, daß die Zeitläufte die gesamte Bundesrepublik zausen würden. Das Einheitsgerede krankte immer an seinem säuerlichen Retro-Ton. Es ventilierte nur Konzepte, die von Demographie und gesellschaftlicher Wirklichkeit längst überholt waren: Nation, mal mit mehr, mal mit weniger Leitkultur, Sozialismus, mal mehr, mal weniger renoviert, Ordoliberalismus für alle, wenn nötig auch ohne Unternehmer und Beitragszahler.

Henry Kissinger hat einmal die alte Bundesrepublik »eine Ökonomie auf der Suche nach einem Sinn« genannt. Man könnte rückschauend die DDR als einen Sinn auf der Suche nach einer Ökonomie bezeichnen. Vielleicht muß man diese Epoche des Herumsuchens in Erinnerung rufen, um sich die Schwierigkeiten heute vor Augen zu führen. Mit der Einheit wurde nämlich nichts »gefunden«. Und ebenso wenig kann man die Frage nach dem inneren Zusammenhalt einer Nation durch einen Verweis auf normalisierte Außenbeziehungen beantworten. Der postklassische Nationalstaat, der einen Teil seiner Souveränität aus freien Stücken Bündnissen und Organisationen überträgt, hegt kein ewiges Deutschtum, eines, an dem auch noch eine politische Idee klebte, die immer schon alle geteilt hätten. Auf einfache nationale Interessen können sich die Deutschen nicht berufen, wie sie sich bei den Nachbarn so bequem aus glorifizierenden Selbstbildern, Verdrängungen oder Lebenslügen speisen. Und auch die anderen müssen schließlich die Flichkräfte in ihren Gesellschaften zählen.

## Normative Leitlinien

Nach 16 Jahren deutscher Einheit und wenige Tage vor der Bundestagswahl zeichnet sich ab, daß Gemeinsamkeit nicht der feste Grund ist, sondern etwas zu Erfir-

ndendes - in der Debatte, nach welchem Grundgesetz-Paragrafen die neuen Länder beitreten konnten, war das schon einmal angeklungen. Inzwischen läßt sich unter den Verängstigten kaum noch Übereinstimmung finden, welche normativen Leitlinien für das gesellschaftliche Zusammenleben unstrittig sein sollen - im Rahmen von Freiheitlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie, die in Deutschland nun wirklich nicht strittig sind, auch wenn einige nach jeder Landtagswahl gleich wieder Weimar an die Wand malen. Die Virtuosen des Status quo kabbeln sich mit pragmatischen Utopisten, die Apokalyptiker mit den neuen Fortschrittsfanatikern. Nostalgie prallt auf obrigkeitlich verordnete gute Laune. Realistische Alternativen kristallisieren sich dabei vorläufig und auch für die Zeit nach der Wahl - egal, welches Bündnis diesen steinigen Weg gehen zu müssen von den Wählern in die Verantwortung genommen worden sein wird - nicht heraus.

Nicht einmal Unzufriedenheit kann mehr überzeugend zum Ausdruck gebracht werden. Im Lichte welcher Alternative sollte sie auch strahlen?

## Krise, die ...

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft steckt einerseits in der Krise, sie ist in ihrem Innersten widersprüchlich, also entzweit, zerrissen, mit sich uneins; mag anderen birgt ihr Uneins-mit-sich-selbst-sein ein Moment der Distanznahme, einen Abstand von sich, in dem sie über sich zu reflektieren und sich selbst zu kritisieren vermag und also zum Bewußtsein ihrer selbst kommt.

Krise und Kritik, daraus besteht unsere tragische Verfassung: Wir nehmen die gesellschaftlichen Verhältnisse als unvollkommen wahr in Hinblick auf ein ihnen innewohnendes Versprechen, daß nämlich ein zu sich selbst gekommenes und insofern absolutes Wissen alles Unvollkommene in sich aufgenommen und in einen Zustand allumfassender Versöhnung überführt haben wird. Nun weiß man allerdings nicht erst seit Hegel, sondern bereits seit der Antike, daß ein solcher Erkenntnisprozess nur dann tragisch heißen darf und daß Selbsterkenntnis entsprechend nur dann tief sein kann, wenn es Opfer gibt: Wahrheit muß das Leben kosten oder - zumindest - ziemlich weh tun. Wer aber soll sich opfern? Lafontaine oder Gysi, die opfern wen oder was auch immer. Sich jedenfalls nicht.

## Über die morbide Kraft des Populismus

In Deutschland kehrt die soziale Frage zurück. Massenarbeitslosigkeit, Rentenkürzungen und Gefühle von Deklassierung verändern das Klima. Es scheint nur logisch, daß dies der Linken Auftrieb gibt. Nicht der Linken schlechthin, zu welcher sich auch Sozialdemokraten und Grüne als liberale Spielarten nach wie vor rechnen, sondern der orthodoxen, der egalitaristischen Linken - jener, die Ernst Nolte die »ewige« genannt und deren Geschichte auf die Jakobiner zurückgeführt ist. Ihr Antrieb ist die Empörung über soziale Ungerechtigkeit, ihr Ideal eine harmonisch integrierte Gesellschaft aus Gleichen, und ihr Heil sucht sie im Dirigismus: Der Staat hat für die Aufhebung spannungsreicher Unterschiede zu sorgen.

## Renaissance des Sozialismus?

Das Projekt hat keinen guten Mund mehr. Zeitweilig schien es, als sei der autoritäre sozialistische Dirigismus zu sehr diskreditiert, als daß er sich je wieder breiterer Anhängererschaft erfreuen könnte. Nach 1989 stand die Linke als ganze, wie unbeeinträchtigt auch immer, in kollektiver Haftung für die Übel des endlich zusammengebrochenen Staatssozialismus. Revisionismus war Pflicht. An Tagungen und in Artikelserien fragte man nach linker Identität und den noch tauglichen Beständen: »What's left?« Gut zehn, zwölf Jahre sind seit dieser Selbstprüfung vergangen. Oskar Lafontaine, damals noch ein Spitzenfunktionär der SPD, proklamierte Reformpolitik ohne Dogmen. Er forderte einen modernen, nicht allein auf den Erwerb fixierten Begriff



von Arbeit, eine ökologische Marktwirtschaft und einen neuen Internationalismus, dessen kategorischer Imperativ lautete: »für das eigene Land keine Maßnahme zu beschließen und keine Forderung zu erheben, die nicht auch für fünf Milliarden Menschen möglich wäre.« Diese Linke war selbstreflexiv, libertär, offen für Zuwanderung und lebte im Wohlstand.

Jedenfalls im Westen. In den neuen Bundesländern trat die PDS das Erbe der dirigistischen Linken an. Versuche, auf dem Terrain der alten Bundesrepublik Fuß zu fassen, scheiterten. Langfristig sah es ganz so aus, als sollten die als postkommunistische Schmutzkinder Attackierten auf den Status einer Regionalpartei herabsinken. Und nun dieser überraschende Auftrieb: Gelingt der PDS jetzt, vereinigt mit der im Westen beherrschten gewerkschaftsnahen »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)«, dazu personell verstärkt durch Oskar Lafontaine, die Expansion? Laut Umfragen liegt die neue »Linkspartei« in der Gunst - nach Stoibers »Ausrutscher«, zumal - des ostdeutschen Publikums klar vorn, ist dort die größte Volkspartei; und bei den gesamtdeutschen Wahlen im Herbst traut man ihr zu, drittstärkste Kraft zu werden.

Dabei ist unklar, was ein etwaiger Wahlerfolg dieses jüngsten Zweiges vom Stamm der »ewigen Linken« für die Lage des politischen Bewußtseins beweisen würde. Möglicherweise, daß der Postsozialismus sein Stigma in dem Maße verliert, wie die wirtschaftlichen Nöte wachsen. Noch mußte das deutsche Gemeinwesen die Probe, sich seine liberale Ordnung eine tiefgreifende und lang anhaltende Depression hindurch zu bewahren, nicht wirklich bestehen. An den von Magdeburg ausgehenden Montagsdemonstrationen gegen »Hartz IV«, den Umbau des Wohlfahrtsstaates, war eine Stimmung fühlbar, die verriet, daß viele nichts gegen einen verschärften programmatischen Egalitarismus einzuwenden hätten.

## Mehr Keynes als Marx

Im Wahlprogramm der frisch gegründeten deutschen Linkspartei kommt der Sozialismus gleichwohl nicht vor. Nicht einmal als »demokratischer« wird er beschworen. Genaugenommen sucht man alle typischen Vokabeln aus dem alten Arsenal klassenkämpferischer Rhetorik vergebens: Kein Wort von Ausbeutung und Entfremdung, es fehlen »der Arbeiter« und »die Reichen«, von »Klassen« ist nur im Blick auf die Schulpolitik die Rede, und auch der Kapitalismus wird nicht erwähnt, also die Systemfrage nicht gestellt, sondern nur die »Übermacht des Kapitals« beklagt. Vielleicht wurde mit Rücksicht auf die WASG Kreide gefressen, denn deren Milieu, das vom linken Gewerkschafter bis zum bürgerlichen kleinen Selbständigen reicht, deckt sich keineswegs mit dem der PDS. Vielleicht aber haben sich die Chancen für eine Renaissance orthodoxer Positionen in Wahrheit um keinen Deut verbessert, und für das Selbstverständnis der Linken gilt unverändert: »Die Idee des Sozialismus kann nur in der schwachen Restfassung eines normativen Ideals und einer Regulierungsidee überleben.« Stärkeres wird man auch im Wahlprogramm der Linkspartei kaum finden. Das Ideal ist breite öffentliche Daseinsvorsorge in erklärter Opposition wider das »große Kartell der sozialen Kälte«, und regulieren will man mit »gerechten Steuern« und einer Erhöhung der Kaufkraft. Darin steckt mehr Keynes als Marx.

Die Anziehungskraft dieses Programms und die Aussicht, die Linkspartei könnte bei der Bundestagswahl womöglich einen Stimmenanteil im zweistelligen Bereich für sich verbuchen, haben unter (west)deutschen Kommentatoren eine Schimpfkanonade ausgelöst. Die Abwehr beschränkt sich keineswegs auf die konservative Presse, sondern schließt - was Wunder - linksliberale Blätter mit ein. Bei der Linkspartei handle es sich - wir zitieren uns, und wörtlich aus der Batterie von Zuweisungen - um ein Bündnis der Gestrigen mit den Vorgestriegen, um Besitzstandswahrer, Realitätsverweigerer, Sozialnostalgiker und Sektierer, um ökonomisch Ahnungslose mit Vollversorgungsmentalität, die glaubten, es könne Manna vom Himmel regnen. Für Oskar Lafontaine, das westliche Zugpferd der Neugründung, hatte man (und wir) ein besonderes Verdikt parat: Er sei ein Linkspopulist.

Aber, Lafontaine hat sich das Etikett verdient, zumal durch seinen Ausspruch: »Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.« Wie er hier die Angst der Bevölkerung vor Arbeitsplatzverlusten auf Zuwanderer umleitet und zugleich den Staat in die paternalistische Pflicht nimmt, ohne die Schwierigkeiten solchen Tuns zu diskutieren, hat widerwärtig-populistisches Format, denn es weckt Ressentiments, schafft Sündenböcke und macht allen Verängstigten illusorische Versprechungen. Zwar war es historisch falsch, Lafontaine wegen seiner Ersetzung der in Deutschland heute bevorzugten Bezeichnung »Gastarbeiter« durch das einst übliche »Fremdarbeiter« sogleich des Gebrauchs rassistischer »Goebbels-Rhetorik« zu zeihen. Aber der Beifall der Neonazis, die sich für eine Enttabuisierung ihres Vokabulars bedankten, zeigt das Schillernde der Wortwahl. Man kann an Lafontaine gut studieren, wie wenige Akzentverschiebungen es braucht, um einen fatalen Zungenschlag in die politische Diskussion zu bringen. Vom Populären zum Populistischen ist es nur ein Schrittschen.

## Populismus als Stachel

Den etablierten deutschen Parteien, die mittlerweile sämtlich in der bürgerlichen Mitte fischen, fällt der Hohn über den Gegner am linken Rand umso leichter, als die Linkspartei die individuelle Eigenverantwortung klein schreibt. Deren Vorstellung, man müsse nur die Beserverdienenden schröpfen, dann wäre der Sozialstaat finanzierbar, hat wahrlich etwas Mumienhaftes, und sowohl die in die Jahre gekommenen Spitzenkandidaten wie die Wählerliedchen verstärken den Eindruck, das Ganze sei Retro für Rentner. Aber auch der Hohn der Etablierten ist doch auch allzu hochfahrend. Der Linkspopulismus konfrontiert sie mit einem Erklärungsproblem. Wie soll man sich dazu stellen, wenn es in den Nachrichten heißt, die deutsche Arbeitslosigkeit sei erneuert gestiegen, auch fehlten mehr Lehrstellen für Jugendliche als im Vorjahr, und wenn zugleich ein Rekordhoch deutscher Aktien gemeldet wird? Ökonomisch kann man das sicher befriedigend erklären. Moralisch aber bleibt ein Stachel. Solange er Menschen zu Wut reizt, wird die »ewige Linke« nicht verschwinden. Seitdem sind die Probleme der Welt und die Ansätze zu ihrer Lösung nicht wirklich unkomplizierter geworden, der Modus der öffentlichen Duelle aber schon.

Jürgen Gottschling

Bio in Hülle und Fülle

Ob knackiges Gemüse oder schmackhafte Fleisch- und Wurstspezialitäten, ob Öko-Weine oder Naturkosmetik - entdecken Sie die Vielfalt hochwertiger Produkte in gesunder Bio Qualität. Diese Bio-Qualität hat ihren Preis - doch wir vom Füllhorn halten ihn niedrig. Laufende Sonderaktionen und Dauerniedrigpreise halten die Kosten für Produkte aus nachhaltiger Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung in Grenzen.

Denn wir haben ein Ziel: Bio für alle!

**Füllhorn**

Ihr Bio-Markt in Heidelberg  
Bahnhof Straße 33 · Tel. 06221 - 5850600

Jetzt neu  
Belieferungs-Service  
Tel. 01905 753000  
und Internet Shop

Füllhorn finden Sie auch in  
• Karlsruhe - Erbprinzenstraße 27,  
• Bruchsal - Wörthstraße 7 und  
• Weingarten - Bahnhof Straße 18

www.fuellhorn-naturmarkt.de

DeStille

Untere Straße 16  
69117 Heidelberg  
Fon 06221/22808  
www.destilleonline.de

Japanische Wohnkultur

Shoji  
Tatamis  
Kimonos  
Möbel

Roland Lorson  
Korsruher Str. 54  
69126 Heidelberg  
Tel. 06 221 - 3397 59

www.roland-lorson.de